

Südosteuropäische Geschichte in Berlin

Sundhaussen, Holm

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sundhaussen, H. (2012). Südosteuropäische Geschichte in Berlin. *Südosteuropäische Hefte*, 1(1), 12-16. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-314628>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Südosteuropäische Geschichte in Berlin

Die von Robert Lučić und Đorđe Tomić initiierte Gründung der Online-Zeitschrift „Südosteuropäische Hefte“ als Publikations- und Diskussionsplattform für NachwuchswissenschaftlerInnen bereichert die Südosteuropa-Aktivitäten am Standort Berlin. Die Initiative soll Anlass für einen Rückblick und eine Werbung in eigener Sache sein.

Als Teilbereich des Faches Osteuropäische Geschichte war die Südosteuropäische Geschichte eingebettet in die Osteuropalehre und -forschung, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg (nolens volens) im Zeichen des Ost-West-Konflikts stand. Anfang der 1970er Jahre wurde am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin eine Professur für Südosteuropäische Geschichte eingerichtet und mit Matthias Bernath, dem damaligen Leiter des (außeruniversitären) Südost-Instituts in München (heute Regensburg), besetzt. Es war der erste Lehrstuhl dieser Art an einer deutschen Universität. Mit diesem Schritt wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass Südosteuropa als eine der drei Teilregionen, die unter dem Begriff „Osteuropa“ zusammengefasst wurden, so komplex ist, dass es eine eigenständige und institutionalisierte Beschäftigung erfordert. Zugleich sollte die durch den Nationalsozialismus belastete „Südost-Forschung“ auf eine neue Grundlage gestellt werden. Dass die gebündelte Osteuropaforschung am Standort West-Berlin auch dem Ost-West-Konflikt und damit politischen Überlegungen geschuldet war, versteht sich von selbst. Das Institut an der FU war das einzige universitäre und fächerübergreifende Osteuropa-Institut in der damaligen Bundesrepublik Deutschland und bot beste Voraussetzungen für Lehre und Forschung. In den 70er und 80er Jahren erlebte es seine Blütezeit. Es beherbergte eine Vielzahl von Fächern: neben Politik, Recht, Wirtschaft usw. auch Slavistik und Balkanologie. Die Balkanologie – von Ignoranten oft als philologisches Fach missverstanden – war ein eigenständiger Studiengang, der Linguistik, Ethnologie und Kulturwissenschaft miteinander kombinierte, der ethnien- und sprachfamilienübergreifend, vergleichend und interdisziplinär angelegt war. Er wurde von Norbert Reiter, dem Begründer der „Balkanologischen Veröffentlichungen“, vertreten und war eng mit der Südosteuropäischen Geschichte verknüpft. Die Verbindung von Sprache, Literatur, Geschichte, Ethnologie und Kulturwissenschaft bot Studierenden und Lehrenden eine außerordentliche Vielfalt an Perspektiven, Zugängen und Methoden bei der Beschäftigung mit Südosteuropa.

Mit dem Kollaps der realsozialistischen Systeme 1989 trat eine wissenschafts- und institutionengeschichtlich neue Situation ein. In der Öffentlichkeit hatte „Osteuropa“ als Sammelbegriff für die realsozialistischen Länder Europas gegolten. Mit dem Verschwinden des Sozialismus sollten nun auch Osteuropa und die Osteuropaforschung verschwinden. Aus der Rückschau ist es faszinierend, die in Vergessenheit geratenen Argumente, Kritikpunkte und Erwartungen zu Beginn der 90er Jahre Revue passieren zu lassen. Die Kritik an der Osteuropa- und Südosteuropaforschung entzündete sich an dem Vorwurf, sie habe den Zusammenbruch des Sozialismus nicht vorhergesehen und damit ihre Daseinsberechtigung eingebüßt. Zwar zielte die Kritik nicht in erster Linie auf die

Geschichtswissenschaft, die sich per definitionem nicht als Prognosewissenschaft versteht, auch nicht auf Slavistik und Balkanologie, aber als Osteuropa-bezogene Fächer gerieten sie in den Strudel veränderter Wahrnehmungen und Erwartungen. Ob sie es will oder nicht, – Wissenschaft in institutionalisierter Form war und bleibt in hohem Maße abhängig von Politik und öffentlichen Diskursen. Das war nach 1989 nicht anders als vor 1989. Solange die Beziehungen zum „Ostblock“ gespannt waren, gerieten diejenigen, die sich um eine ideologiefreie Beschäftigung mit Ost- und Südosteuropa bemühten, in den Sog von Verschwörungstheorien und wurden als „fünfte Kolonne“ der DDR verdächtigt. In Zeiten der Entspannung galten umgekehrt diejenigen, die den Kollaps der sozialistischen Systeme voraussagten, als unbelehrbare Kalte Krieger. Einmal wurde das Osteuropa-Institut als Vorposten der Stasi, dann wieder (und zwar nicht nur in der DDR) als Vorposten des BND oder der CIA abgestempelt.

Etwa zeitgleich mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes – und maßgeblich durch sie befördert – vollzog sich auch ein Paradigmenwechsel in der Wissenschaft. Vier Faktoren wirkten dabei zusammen: 1) das Ende des Kalten Krieges und die daraus extrapolierten Konsequenzen für den Raum Osteuropa, 2) die Globalisierung und ihre Bedeutung für die Überwindung (Auflösung) von Räumen, 3) die postmoderne Kritik am Raumkonzept und 4) das Spannungsverhältnis zwischen „area studies“ und sog. „systematischen“ Fächern.

Weit verbreitet war Anfang der 90er Jahre die Vorstellung, die ehemals sozialistischen Länder würden innerhalb weniger Jahre ein Teil Westeuropas werden, so dass ein wichtiger Impetus zur intensiven Beschäftigung mit diesen Ländern obsolet würde. Selbst einige Historiker, die es besser hätten wissen können/sollen, wurden davon angesteckt. Die beschleunigte Globalisierung trug ihrerseits dazu bei, die Raumkonzepte in Frage zu stellen. Räume (falls es sie je gegeben hatte) gruppierten sich um, büßten ihre vormalige Bedeutung ein oder lösten sich auf. Im Zuge der Globalisierung von Kommunikations-, Waren- und Kapitalströmen, der (partiellen) Entterritorialisierung von Politik und Ökonomie sowie der Entkoppelung von Raum und Kultur schienen die bisherigen Regionen ihre Konturen zu verlieren. Aus postmoderner Sicht schließlich stellen sich Räume als unwirkliche, aus Vorurteilen hervorgegangene oder Vorurteile produzierende Fiktionen (als „Erfindungen“ und „Imaginationen“) dar. Diese Sicht hatte in den 90er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts Hochkonjunktur. Bei genauerem Hinschauen – so die Protagonisten – lösten sich die „Kulturräume“ oder die raumprägenden sozialwissenschaftlichen Strukturen in Wohlgefallen auf. Erst nach Dekonstruktion der Räume öffnete sich der Blick auf Kontingenzen, Akteure und fließende Übergänge, auf transterritoriale und transkulturelle Phänomene sowie auf die Diskursivität von Raumbezügen, Strukturen, Kulturen etc. Regionen und kulturelle Phänomene werden aus postmoderner Sicht „nicht mehr als ganzheitliche Gebilde, sondern als kontingente Fragmente und Teilstrukturen rekonstruiert, deren ethnische, soziale, ökonomische, politische und geschlechterspezifische Aspekte auch ihre Repräsentationen konfigurieren...“, wie es in einer Stellungnahme hieß. Aus alledem wurde gefolgert, dass „area studies“ ihre Daseinsberechtigung verloren hätten, zumal die Kategorie „Raum“ oder „Region“ in keiner Beziehung zu wissenschaftlichen Disziplinen, Methoden oder zur Theoriebildung der betroffenen Fächer stehe. „Eine Region bietet letztlich nur kontingente Zusammenhänge von Gegenständen wissenschaftlicher

Untersuchung, deren fachsystematische Beziehungen unscharf bleiben“, postulierte der Wissenschaftsrat in einem Gutachten zur Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften an den Berliner Hochschulen von 1999. Die Bedenken gegenüber einem Regionalkonzept wurden mit der „unvermeidlichen Entfernung von fachsystematischen Kriterien“ begründet. Diese „unvermeidliche Entfernung“ wurde allerdings weder präzisiert noch belegt und wirkte angesichts der an anderer Stelle des Gutachtens eingeforderten Interdisziplinarität und dem Festhalten an außereuropäischen „Kulturgroßräumen“ nicht sehr konsequent.

Selbst wenn wir davon absehen, dass der zitierte Begriff „Kulturgroßraum“ bei postmodernen Kritikern der „area studies“ Schauer des Entsetzens hervorrufen muss, bleibt ein bemerkenswerter Widerspruch in der Argumentation des Wissenschaftsrats bestehen: die positiv evaluierte enge Verknüpfung mehrerer Disziplinen bei der Beschäftigung mit außereuropäischen „Kulturgroßräumen“ (z.B. im Fernen oder Nahen Osten) auf der einen und die beklagte Entfernung von fachsystematischen Kriterien bei den innereuropäischen „area studies“ auf der anderen Seite, als ob es bei der Beschäftigung mit Außereuropa und Innereuropa grundsätzliche wissenschaftstheoretische und -methodische Unterschiede gäbe! Bei der Beurteilung außereuropäischer „area studies“ sind aber offenbar nicht wissenschaftstheoretische, sondern pragmatische Argumente ausschlaggebend. Damit stellt sich die Frage, ob diese für Innereuropa nicht ebenso gelten, insbesondere für Regionen, die sehr komplex und wenig bekannt sind und deren Erforschung Spezialkenntnisse voraussetzt.

Dieses kurz skizzierte Bündel von Kritik, Wahrnehmungen, Erwartungen und Fehleinschätzungen trieben die Demontage der Ost- und Südosteuropaforschung sowie des Osteuropa-Instituts der FU voran. Begünstigt wurde die Demontage durch Fehlentwicklungen im Institut: durch mangelnde Bereitschaft zur fächerübergreifenden Zusammenarbeit, personelle Überbesetzung und partielle Ineffizienz. Im Verlauf der 1990er Jahre brach das Institut zusammen. Hatte es am Anfang des Jahrzehnts noch über zwanzig Professuren gegeben, so waren es am Ende zeitweilig nur noch zwei (für Politik und Südosteuropäische Geschichte). Widersprüchliche Empfehlungen mehrerer externer Gutachterkommissionen schufen eine extrem unübersichtliche Lage. 1992, drei Jahre nach dem Umbruch, empfahl die Berliner Landeshochschulstrukturkommission die Schließung des Osteuropa-Instituts, da es auf die Ereignisse von 1989 ff. nicht angemessen reagiert habe. Daraufhin setzte der Präsident der Freien Universität eine Expertenkommission zur Evaluierung des Instituts ein, die sich 1994 nachdrücklich für dessen Fortbestand aussprach. Die von der Kommission ausgesprochenen Empfehlungen zur künftigen Personalausstattung wurden allerdings nicht umgesetzt, sondern flossen nur in reduzierter Form in die Planungen der inneruniversitären Strukturkommission ein. Diese verständigte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf ein aus sechs „Eckprofessuren“ (je eine für Geschichte, Kultur, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht) zusammengesetztes Institut. Kaum war dies beschlossen (aber nicht umgesetzt), wiederholte der Wissenschaftsrat im Jahr 1999 in einer Stellungnahme zur Strukturplanung der Hochschulen im Land Berlin fast wörtlich die Argumente von 1992, ohne die in der Zwischenzeit eingetretenen Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen und ungeachtet der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt bereits die „Wiederentdeckung des Raums“ begann. Auch die Kritik an den „area

studies“ wurde neu aufgewärmt: Die Kategorie Raum bzw. Region wurde als Gliederungsprinzip für Forschung und grundständige Lehre als ungeeignet bewertet, da sie zu einer zu großen Entfernung von den Kerndisziplinen führe. Die Beziehungen zwischen den zusammengeführten Disziplinen blieben unscharf und der wissenschaftliche „Mehrwert“ sei nicht ausreichend erkennbar. Die Gründung von regionalen Zentralinstituten sei oft politisch motiviert bzw. bestimmten Wissenschaftskonzepten geschuldet, die die regionalwissenschaftlichen Einrichtungen als „ein eher pragmatisch begründetes Substitut für die verloren gegangene Begründbarkeit einer Nationalphilologie“ (sic!) erscheinen lassen. Usw. Der Wissenschaftsrat empfahl daher eine erneute externe Evaluation der Regionalinstitute an den Berliner Universitäten. In seiner „Stellungnahme“ zur „Stellungnahme“ des Wissenschaftsrats erklärte der Akademische Senat der Freien Universität: „Mit seiner Grundsatzkritik greift der Wissenschaftsrat Argumente auf, die auch an der Freien Universität seit der Etablierung der regionalwissenschaftlichen Zentralinstitute Gegenstand der Diskussion sind. Die Freie Universität hält die Fortführung einer interdisziplinären Bündelung verschiedener Wissenschaften im Sinne von ‚Area Studies‘ auch in Zukunft für wichtig und betrachtet sie als integralen Bestandteil ihres Profils. Allerdings muss der Auftrag solcher Einrichtungen klar definiert und ihre Organisationsform diesem angemessen sein.“ Die zur Prüfung eingesetzte Kommission bestätigte anderthalb Jahre später die Ergebnisse der inneruniversitären Strukturplanung, also den Fortbestand des Osteuropa-Instituts mit sechs „Eckprofessuren“, und dabei ist es bis heute geblieben. Das heißt: Für jede Disziplin gibt es eine Professur, deren InhaberIn den gesamten Raum – Ostmitteleuropa, engeres Osteuropa und Südosteuropa – abdecken soll. Angesichts der Komplexität des Großraums und fortschreitender Differenzierung und Spezialisierung in den einzelnen Disziplinen ist diese Lösung, deren Aushandlung mehr als ein Jahrzehnt in Anspruch nahm, – gelinde gesagt – extrem realitätsfern. Was lange währt, wird nicht immer automatisch gut.

Die jüngste Geschichte des Osteuropa-Instituts ist ein Lehrstück für die Irrungen und Wirrungen der Wissenschaftspolitik. Vielleicht (wahrscheinlich) war das Institut von innen heraus nicht reformierbar. Eine Auflösung wäre deshalb sinnvoll gewesen. Ebenso wie eine Neugründung. Zu Beidem hat man sich aber nicht entschließen können, und herausgekommen ist eine Dauerkrise. Bereits im Verlauf der 90er Jahre wurde die Slavistik aus dem Institut ausgegliedert und an die Humboldt-Universität verlagert. Nach dem Eintritt von Norbert Reiter in den Ruhestand wechselte die Balkanologie aus dem Institut an den Fachbereich Neuere Fremdsprachliche Philologien der FU, obwohl es sich nicht um eine Philologie handelte. Das spielte allerdings auch keine Rolle mehr, denn der Studiengang (der hinsichtlich seiner Studierbarkeit in der Tat reformbedürftig war) wurde eingestellt. Dass dieses in Deutschland singuläre Angebot just zu einem Zeitpunkt abgeschafft wurde, als die postjugoslawischen Kriege tobten, war ein bemerkenswertes Eigentor der Freien Universität und der vielen Gutachter, die ihrerseits keiner Begutachtung ausgesetzt waren. Nachdem eine Professur für die Geschichte Ostmitteleuropas, die bis dahin immer am Fachbereich Geschichtswissenschaft verankert gewesen war, an das Osteuropa-Institut transferiert wurde, gab es dort zeitweilig zwei Professuren für Geschichte, was den Vorgaben des Strukturplans widersprach. Nach meinem Eintritt in den Ruhestand im Herbst 2007 fiel daher eine Professur weg. Das war ein Glücksfall. Es war ein Glücksfall, weil das Institut für

Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität daraufhin beschloss, eine Professur für Südosteuropäische Geschichte einzurichten, die schließlich mit Hannes Grandits besetzt wurde. Damit waren Südosteuropäische Geschichte und Südslavistik wieder unter dem Dach einer Universität vereint (was vor allem den Bedürfnissen der Studierenden entgegenkam), und am Historischen Institut der HU eröffneten sich Kooperationsmöglichkeiten, die am Osteuropa-Institut seit langem nicht mehr bestanden.

Ungeachtet aller institutionellen Turbulenzen, die unendlich viel Zeit und Energie kosteten, erlebte die Südosteuropäische Geschichte in den 1990er Jahren einen ungeahnten Aufschwung. Dieser war – nicht allein, aber in hohem Maße – den Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien geschuldet: dem Staatszerfall, den postjugoslawischen Kriegen und der damit verbundenen Eskalation der Gewalt. Die Ereignisse warfen grundsätzliche Fragen auf, die weit über die Beschäftigung mit Jugoslawien und Südosteuropa hinausreichten. Und obwohl das öffentliche Interesse an der Region nach dem Ende des Kosovo-Krieges 1999 bald wieder abflaute, setzte ein regelrechter Forschungsboom ein, der bis zur Gegenwart anhält. Der Standort Berlin hat davon enorm profitiert. Die Studien- und Forschungsbedingungen waren und sind hervorragend. Südosteuropa gehört seit Jahrzehnten zu den Sammelschwerpunkten der hiesigen Staatsbibliothek. Nur die Bayerische Staatsbibliothek in München kann sich in dieser Hinsicht mit Berlin messen. Auch die Bibliothek des Osteuropa-Instituts war in den 1990er Jahren noch intakt und besaß eine umfangreiche Sammlung. Die in Berlin ansässigen Archive (allen voran das Bundesarchiv und das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes) sind für die jüngere Geschichte Südosteuropas ohnehin unverzichtbar. Und das vielfältige Veranstaltungsangebot südosteuropäischer Botschaften und kultureller Vereine trug und trägt zur Attraktivität Berlins bei. Zahlreiche ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler waren als Stipendiaten der Alexander von Humboldt-Stiftung zu Gast an der Abteilung für Südosteuropäische Geschichte des Osteuropa-Instituts. Eine Fülle von Drittmittelprojekten stärkte die Forschungskapazitäten. Die Zahl der daraus finanzierten Wissenschaftlichen Mitarbeiter überstieg bei weitem die Zahl der Beschäftigten, die aus dem Universitätsbudget bezahlt wurden. Zu den wichtigsten Geldgebern gehörten die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Volkswagen-Stiftung, die Thyssen-Stiftung, der Stabilitätspakt für Südosteuropa und die Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“. Das in den 1990er Jahren eingerichtete „Forschungsscolloquium Südosteuropa“ und die begleitenden Workshops boten DoktorandInnen und Postdocs eine Plattform zur Diskussion und Präsentation ihrer Forschungsvorhaben. Und der wissenschaftliche Output brauchte keinen Vergleich zu scheuen. In Berlin sind herausragende Dissertationen und andere Qualifizierungs- und Forschungsarbeiten entstanden. Ich selber habe von der Diskussion mit den NachwuchswissenschaftlerInnen, ihrem Engagement, ihren Fragestellungen und Forschungsergebnissen in vielfältiger Weise profitiert.

Kurzum: So frustrierend und zeitraubend die inneruniversitären Grabenkämpfe waren, so anregend und bereichernd waren Lehre und Forschung. Bedauerlicherweise kann man beides nicht voneinander trennen. Oder kann man es doch, zumindest teilweise? Eine Online-Zeitschrift ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.